

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Uwe Barth, Cornelia Pieper, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Schulstrukturen im föderalen Bildungsraum

Derzeit herrscht bei vielen Schülerinnen und Schülern, Eltern und anderen Betroffenen Unsicherheit und Unbehagen hinsichtlich der sehr dynamischen Entwicklungen im föderalen Bildungsraum. Sogar Fachleute und Kenner des deutschen Bildungssystems haben, angesichts der zahlreichen Vorhaben und Veränderungen auf Länderebene und der Komplexität des Wandels, häufig Schwierigkeiten auf dem Laufenden zu bleiben und die Entwicklung im Blick zu behalten. Dies ist kaum erstaunlich, denn viele Länderregierungen beabsichtigen, neben den tiefgreifenden Änderungen innerhalb der existierenden Schularten, wie z. B. der Einführung von jahrgangsübergreifendem Lernen an Grundschulen oder der Verkürzung der Gymnasialzeit (G8), die Schulstrukturen grundsätzlich neu zu ordnen.

Der Bund und die Länder haben im Rahmen der nationalen Bildungsberichte Entwicklungen im Bildungsraum untersucht und dokumentiert. Dieses Zahlen- und Datenmaterial ist wertvoll, doch liefert es wenig Aufschluss über die bildungspolitische Weichenstellung und deren Folgen vor Ort. Da sich diese Faktoren auf die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems auswirken ist die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Belange der Bildungsforschung gehalten, zumindest einen groben Überblick zur allgemeinen Entwicklung im föderalen Bildungsraum zu liefern, nicht zuletzt um dem Bildungswettbewerb unter den Länder Vorschub zu leisten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Jahrgangsstufen werden in den einzelnen Bundesländern im Grundschulbereich umfasst?

2. Welche Bundesländer beabsichtigen den Grundschulbereich auszuweiten (insbesondere auf die Jahrgangsstufen 5 und 6)?

Für welchen Zeitpunkt ist eine solche Umstellung geplant?

3. Welche Schularten finden sich in den jeweiligen Bundesländern im weiterführenden Bereich im Anschluss an die Grundschule?
4. Welche Abschlüsse können an den jeweiligen Schularten erworben werden?
5. Wie verteilt sich die Schülerschaft in den jeweiligen Bundesländern auf die unterschiedlichen Schularten?

6. Welche Bundesländer haben in den letzten fünf Jahren derartige strukturelle Veränderung im Bereich der weiterführenden Schularten vorgenommen, so dass es zu einer Erweiterung oder einer Einschränkung des Spektrums der Schularten gekommen ist?

Welche neuen Schularten sind entstanden, welche weggefallen?

7. Welche Bundesländer beabsichtigen in den nächsten Jahren weitreichende strukturelle Veränderungen im Bereich der weiterführenden Schularten vorzunehmen, so dass mit einer Erweiterung oder einer Einschränkung des Spektrums der Schularten gerechnet werden muss?

Welche neuen Schularten werden neu entstehen, welche Schularten voraussichtlich wegfallen?

8. Inwiefern lassen sich im bundesweiten Vergleich Entwicklungen oder Trends hinsichtlich der Schulstruktur erkennen?

Wodurch sind diese gekennzeichnet?

Berlin, den 13. Juni 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion